

Politik

„Das Gesetz geht in die richtige Richtung“

Industrie, Gewerkschaften und Sozialverbände stimmen den Zuwanderungsplänen überwiegend zu



Integration in Hessen.

Info: (01895) 311 111 www.hessen-grenzen-los.de

DPA/BORIS ROESSLER

In Hessen wirbt ein Plakat für die Integrationskampagne „Hessen grenzenlos“ der konservativen Landesregierung.

VON GEROLD BÜCHNER

BERLIN, 16. Januar. Der Gesetzentwurf der rot-grünen Koalition zur Einwanderung findet bei Verbänden und Experten überwiegend Zustimmung. Bei einer Anhörung im Innenausschuss des Bundestags wiesen Vertreter der Industrie und des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) am Mittwoch auf den künftigen Mangel an Arbeitskräften hin, der ohne Anwerbung im Ausland nicht zu decken sei. Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Bernhard Jagoda, sagte vor den Abgeordneten, die Regelungen seien geeignet, Erfahrungen mit dem Steuern der Migration zu sammeln. In einigen Punkten gab es Kritik und Verbesserungsvorschläge von den Fachleuten.

„Das Gesetz geht nach Ansicht der Wirtschaft in die richtige Richtung“, sagte Robert Henkel vom Bundesverband der Deutschen Industrie. Es sei notwendig, gezielt junge Menschen ins Land zu bringen, um der Überalterung der Gesellschaft zu begegnen. Die Unternehmen hätten schon jetzt zu wenig Fachkräfte. Henkel forderte mehr Freiraum für Firmen, Mitarbeiter direkt im Ausland anzuwerben. Die „Greencard“ habe gezeigt, dass jede zugewanderte Fachkraft statistisch zweieinhalb weitere Arbeitsplätze sichere. Henkel und die Vorsitzende der Zuwanderungs-

Bis März durch den Bundesrat

Bei den ersten Beratungen im Bundestag und Bundesrat hatten CDU und CSU ihr striktes Nein zu den Zuwanderungsplänen der Koalition bekräftigt. Um das Gesetz noch in dieser Legislaturperiode verabschieden zu können, braucht die Regierung im Bundesrat auch Stimmen von Ländern, in denen die Union regiert, darunter Brandenburg und das Saarland.

Das Gesetz soll im Februar in zweiter und dritter Lesung im Bundestag verabschiedet und im März in den Bundesrat eingebracht werden.

kommission, Rita Stüssmuth (CDU), warnten wie andere Teilnehmer davor, Einwanderer gegen Arbeitslose auszuspielen.

Auch die Gewerkschaften unterstützen den rot-grünen Gesetzentwurf. Anders als die Wirtschaft, der es sehr um die Beseitigung kurzfristiger Engpässe geht, setzen sie aber vor allem auf dauerhafte Einwanderung. Nur so ist nach den Worten des DGB-Vertreters Volker Rossocha die Integration zu gewährleisten und sozialer Konflikt zu vermeiden. Die Menschen müssten die Möglichkeit haben, Zuwanderer „nicht

als Bedrohung, sondern als Bereicherung“ zu verstehen. Rossocha forderte neben dem Einwanderungsgesetz zusätzliche Anstrengungen in der Beschäftigungs- und Bildungspolitik für die bereits in Deutschland lebenden Menschen – auch solche mit fremdem Pass. Einwanderung könne zur Stabilisierung der Sozialsysteme und des Arbeitsmarktes beitragen, aber nicht das alleinige Mittel sein. Dem pflichteten alle bei der Anhörung bei. Sozialverbände und Kirchen verlangten zudem deutlich mehr Maßnahmen und Geld für die Integration aller Ausländer, die sich nicht auf das Lernen der deutschen Sprache beschränken dürfe.

Grundsätzliche Kritik am Zuwanderungsgesetz übten zwei Professoren. Der Bielefelder Bevölkerungsforscher Herwig Birg sagte, es werde „die Probleme, die es zu lösen vorgibt, verschärfen“. Die Zuwanderung werde ausgeweitet statt begrenzt und die Integration erschwert. Bayerns Innenminister Günther Beckstein (CSU) hat bereits erklärt, er sehe sich durch Birgs Gutachten im Nein zu dem Gesetz bestärkt. Der Nürnberger Jurist Christian Hillgruber mahnte im Ausschuss, Einwanderern nicht voreilig die Niederlassung zu ermöglichen. Der Migrationsforscher Klaus J. Bade dagegen begrüßte den Entwurf von SPD und Grünen als „bahnbrechende Politikwende“.

UNION

Stoiber bleibt beim Nein

BERLIN, 16. Januar. Union-Kanzlerkandidat Edmund Stoiber (CSU) bleibt ungeachtet des wachsenden Drucks von Wirtschaft und Gewerkschaften bei seinem Nein zu den rot-grünen Zuwanderungsplänen. Der Gesetzentwurf von Schily sei keine Grundlage, sagte Stoiber im oberbayerischen Wilhelmsbad Kreuth. Gleichzeitig attackierte er Wirtschaftsvertreter, die den Entwurf der Bundesregierung bereits grundsätzlich zugestimmt hatten. Die Wirtschaft sei gefragt, sich an den enormen Kosten für die Eingliederung von Ausländern zu beteiligen, sagte Stoiber. Der Gesetzentwurf der Regierung sieht vor, die Kosten je zur Hälfte zwischen Bund und Ländern zu teilen.

Die CSU sieht keine Kompromissmöglichkeit mit Rot-Grün. Bayerns Innenminister Günther Beckstein (CSU) sagte im Südwesrundfunk, die Vorstellungen der Grünen und der Union stünden sich „diametral“ gegenüber. Zu den Aussichten auf einen Konsens befragt, sagte CSU-Landesgruppenchef Michael Glos: „Ja, wenn Rot-Grün ohne Punkt und Komma auf die Vorschläge der Union eingeht.“

Schily kompromissbereit

Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) setzt indes weiter auf einen Kompromiss mit der Union. Er glaube nicht, dass mit Stoiber eine Einigung schwieriger geworden sei, sagte der Minister in Berlin. Mit Blick auf das kommende Wochenende geplante fraktionsübergreifende Gespräch machte Schily deutlich, dass er zu Zugeständnissen bereit sei. „Man kann in ein solches Gespräch nicht mit der Erwartung hineingehen, dass man wieder mit hunderten Prozent herausgehen kann.“

Offenbar mit Blick auf Bedenken der Grünen gegen Änderungen am vorliegenden Entwurf verwies Schily darauf, dass es ihm zunächst darum gehe, das Gesetz zu verabschieden. Um Ergänzungen könne dann auch später noch gerungen werden. (dpa, AFP)